



MICHAEL GROSSE-BRÖMER

MEIN BRIEF AUS BERLIN

AUSGABE 184

11. NOVEMBER 2011

HYSTERISCHE KRITIK AN KOALITIONSBSCHLÜSSEN



Liebe Leserinnen und Leser!

Die Spitzen der christlich-liberalen Koalition haben vereinbart, mehr ausländische Spitzenkräfte für den deutschen Arbeitsmarkt zu gewinnen. Zudem soll eine Milliarde Euro zusätzlich in die Verkehrsinfrastruktur unseres Landes investiert werden. Aus meiner Sicht ist das eine erhebliche Summe, mit der wir die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes weiter stärken. Andere hingegen monieren diese und andere Maßnahmen, die vom Koalitionsausschuss beschlossen wurden. Diese Kritik ist legitim. Aber mittlerweile hat die Kritik einen Tonfall angenommen, den ich nicht mehr nachvollziehen kann.

Herzlichst, Ihr

„Medien-Bashing“, wie es neudeutsch heißt, ist eigentlich nicht meine Sache. Für eine lebendige Demokratie ist es unverzichtbar, dass in Funk und Fernsehen kritisch über politische Zusammenhänge berichtet wird. Mittlerweile aber frage ich mich, ob sich die Kritik der Medien nicht längst verselbstständigt hat. Schon länger bin ich mir unsicher, ob ich im selben Land lebe wie mancher Leitartikler vom politischen Feuilleton.

Vielleicht bin ich ja nicht objektiv. Vielleicht bin ich zu nah dran am politischen Geschehen. Aber trotzdem habe ich die feste Überzeugung, dass die unionsgeführte Bundesregierung in Europas schwerster Stunde außenpolitische Führungsstärke zeigt und dabei gleichsam auch ihre innenpolitische Handlungsfähigkeit beweist.

Das zeigen die Beschlüsse vom Wochenende, mit denen wir unseren Mittelstand entlasten, die Familien stärken und die Versorgung unserer demenzkranken Mitbürger verbessern werden.

Zugegeben: Nicht alles ist bereits bis zur letzten Nachkommastelle durchgerechnet. Und auch ich habe an manchem Punkt Einwände. Bei der Einführung des Betreuungsgeldes (150 Euro pro Monat ab 2014) müssen wir aufpassen, dass keine Fehlanreize gesetzt werden. Denn gerade für die Kleinen aus sozial schwächeren Milieus kann frühkindliche Bildung und Erziehung außerhalb der Familie wichtig sein.

Aber die Reformen in Bausch und Bogen zu verdammern, sie als „Pille-Palle-Beschlüsse“ (Berliner Zeitung) lächerlich zu machen, ärgert mich schon sehr.

Vorgesehen ist zunächst, für mehr Steuergerechtigkeit zu sorgen. Zum 1. Januar 2013 und zum 1. Januar 2014, werden die inflationsbedingten Steuermehreinnahmen im Volumen von insgesamt rund sechs Milliarden Euro an die Bürgerinnen und Bürger zurückge-

ben. Ich finde es schon etwas schäbig, wie Teile der Medien hier eine Maßnahme diffamieren, die kleine und mittlere Einkommen entlasten soll, also jene Menschen, die durch Fleiß, Disziplin und nicht zuletzt den Verzicht auf Lohnerhöhungen dafür gesorgt haben, dass Deutschland so gut durch die Krise gekommen ist. Dass die Opposition der selbsternannten „Arbeiterpartei“ dagegen sogar klagen will, bedarf keines weiteren Kommentars.

Darüber hinaus wurde vereinbart, dass es mehr Unterstützung für Demenzkranke und pflegende Angehörige geben soll. Insgesamt wird das Leistungsvolumen der gesetzlichen Pflegeversicherung von derzeit 21 Milliarden Euro um fünf Prozent erhöht werden. Vielleicht hätte sich mancher mehr gewünscht. Wer hier allerdings „skandalöse Untätigkeit“ (Kölner Stadt-Anzeiger) ausmacht, zeigt selbst eine skandalöse Maßlosigkeit und sollte besser einmal jene Arbeitnehmer fragen, die diese Milliardensummen durch ihrer Hände Arbeit jeden Tag erwirtschaften müssen.

NEUES INSOLVENZRECHT BESCHLOSSEN



Der Deutsche Bundestag hat das Gesetz zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen („ESUG“) verabschiedet. Mit dem ESUG macht die christlich-liberale Koalition das Insolvenzrecht fit für die Zukunft und für konjunkturell unsichere Zeiten.

Unternehmen, die sich in einer Schieflage befanden, wurden in der Vergangenheit allzu oft abgewickelt. Weil sie gänzlich vom Markt verschwanden, gingen viele Arbeitsplätze verloren. Mit dem neuen Gesetz werden Voraussetzungen dafür geschaffen, dass angeschlagene Unternehmen häufiger erfolgreich saniert

und fortgeführt werden können. Damit wird Unternehmen und Arbeitnehmern gleichermaßen geholfen.

Die Gläubiger werden künftig - insbesondere bei der Auswahl des Insolvenzverwalters - stärker und frühzeitiger einbezogen, wobei dafür Sorge getragen wird, dass einzelne Gläubiger nicht zu dominant werden. Gleichzeitig werden Hürden für das Insolvenzplanverfahren abgebaut. So kann die finanzielle Situation des Schuldners künftig durch Umwandlung von Forderungen in Gesellschaftsanteile erheblich verbessert werden. Die Eigenverwaltung, bei der dem Schuldner seine Ver-

waltungs- und Verfügungsbefugnis belassen wird, wird ausgebaut. Ein neues Schutzschirmverfahren bietet Anreize, frühzeitig einen Insolvenzantrag zu stellen und einen Sanierungsplan zu erarbeiten.

In Niedersachsen hatte es im Vorfeld große Aufregung um die Standorte der Insolvenzgerichte gegeben. Um die Kompetenz der Gerichte zu erhöhen, war ursprünglich eine Konzentration der Insolvenzgerichte vorgesehen. Dies hätte eine Schließung vereinzelter Standorte bedeutet. Diese Konzentration ist nun weggefallen. Alle 33 niedersächsischen Insolvenzgerichte werden jetzt an ihren ursprünglichen Standorten bleiben.

GROSSE-BRÖMER VERTRAT UNION IN KARLSRUHE



Das Bundesverfassungsgericht sieht in der Fünf-Prozent-Hürde bei Europawahlen eine Verletzung der Chancengleichheit der Parteien. Das geht aus einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts hervor, das in dieser Woche verkündet wurde.

Als Justiziar hatte Michael Grosse-Brömer die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag in Karlsruhe vertreten. Grosse-Brömer ver-

wies nach dem Richterspruch darauf, dass das Urteil nicht einstimmig gefällt wurde und schloss sich der abweichenden Meinung der Verfassungsrichter Di Fabio und Mellinshoff an.

Beide Richter tragen das Urteil nicht mit und kritisieren, dass der Gestaltungsspielraum des Wahlgesetzgebers zu eng gezogen wird. Zudem werde eine mögliche Funktionsbeeinträchtigung des Europaparlaments trotz dessen

gewachsener politischer Verantwortung in Kauf genommen.

Der prominente Parteienkritiker Hans-Herbert von Arnim scheiterte mit seiner Kritik an den sogenannten „starrten Listen“ bei EU-Wahlen. Bei diesen Listen kann sich der Wähler nur für die Liste als solche entscheiden, hat aber keinen Einfluss darauf, in welcher Reihenfolge die Kandidaten bei der Sitzverteilung zum Zuge kommen.

ARBEITSLOSIGKEIT SINKT



Die Zahl der Arbeitslosen ist im Oktober weiter gesunken. Im Oktober waren 2,737 Millionen Menschen ohne Arbeit und damit 59.000 weniger als noch im September.

Die Arbeitslosenquote sank leicht auf 6,5 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahresmonat befanden sich 204.000 Menschen weniger auf Jobsuche.

TERMINAUSWAHL

13.11.- Bundesparteitag CDU
15.11 in Leipzig

16.11.- Besuchergruppe aus
18.11. dem Wahlkreis